

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 19. Dezember 1925.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 19. Dezember 1925

Die Beratung des Hauptvoranschlags für das Jahr 1926

Die Verwaltungsgruppe für Sozialpolitik und Wohnungswesen

Bürgermeister Seitz eröffnet um vier Uhr nachmittags die Sitzung. Es wird sofort der Voranschlag der Verwaltungsgruppe für Sozialpolitik und Wohnungswesen in Beratung gezogen. Das einleitende Referat erstattet der zuständige amtsführende Stadtrat Anton Weber. Er führt aus:

Das Erfordernis der Verwaltungsgruppe für Sozialpolitik und Wohnungswesen beträgt 101.652.230 Schilling. Davon entfallen auf die Sozialpolitik 2.294.140 Schilling, auf das Wohnungs- und Siedlungswesen 97.376.350 Schilling und auf die städtische Wohnhausverwaltung 1.787.740 Schilling.

Was zunächst den Abschnitt Sozialpolitik anlangt, so wäre hervorzuheben, dass der Arbeitsnachweis der Stadt Wien über keine Einnahmen verfügt und Sachausgaben von 4.270 Schilling aufweist, da die Personalausgaben bei der zuständigen Verwaltungsgruppe verrechnet sind. Ueber die Vermittlungstätigkeit des Arbeitsnachweises ist zu sagen, dass in der männlichen Abteilung 7.165 Stellenanboten 46.015 Stellengesuche gegenüberstanden. Vermittlungen erfolgten in dieser Abteilung 6.330. Für Frauenarbeit standen 11.925 Stellenanboten 35.154 Stellengesuche gegenüber; Vermittlungen wurden 9.945 vorgenommen. Dieser Bericht erstreckt sich auf die Zeit vom 1. Jänner bis 1. Dezember 1925. In der gleichen Zeit hat die Dienstvermittlung der Stadt Wien an vier Stellen 5.014 Vermittlungen zu verzeichnen.

Der Beitrag der Gemeinde zu den Kosten der Arbeitslosenversicherung ist für das Jahr 1926 mit 2,4 Millionen Schilling veranschlagt. Die Gemeinde ist auf Grund des Gesetzes zu dieser Zahlung verpflichtet. Die Summe wurde auf Grund des gegenwärtigen Standes der Arbeitslosen berechnet und entspricht der Einnahme eines halben, beziehungsweise eines Sechstel Prozentes der Fürsorgeabgabe.

Die Berufsberatung der Gemeinde Wien und der Kammer für Arbeiter und Angestellte wird 9.010 Schilling erfordern. In dieser Summe sind die Bezüge der Angestellten, die 44.250 Schilling betragen, nicht eingerechnet. Die Arbeiterkammer leistet hierzu 17.760 Schilling. Es ist erfreulich festzustellen, dass das Berufsberatungsamt eine ständige Aufwärtsentwicklung verzeichnet. Vom 1. Jänner bis 1. Dezember 1925 wurden 14.067 Anmeldungen entgegengenommen, was einer Zunahme um vierzehn Prozent gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres entspricht. Besprechungen waren 35.264, das sind um zwanzig Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Lehrstellen wurden 3.576 vermittelt.

Für die Kleingartenförderung sind 71.000 Schilling vorgesehen. Davon sind für die Errichtung einer Kleingartenmusteranlage, die aufzeigen wird, wie ein Kleingarten zu errichten und zu pflegen ist, und die einen Anreiz zur Verschönerung der Wiener Kleingartenanlagen bilden soll, 20.000 Schilling bestimmt. Für die Gewährung von Krediten zur Errichtung von Umzäunungen, Wasserleitungen u. s. w. sind in dem Voranschlag 40.000 Schilling eingestellt. Bei dieser Gelegenheit will ich auch eine Uebersicht über die Kleingartenflächen Wiens geben. Wir haben in Wien insgesamt 9.239.677 m² Kleingartenfläche. Davon sind 4.957.919 m² Gemeindegrund und 17.840 m² angeforderter Grund. Private Gründe in städtischer Verwaltung werden in einem Ausmass von 491.869 m² von den Kleingärtnern benützt und der Rest gehört Privaten. Das grösste Erfordernis weist das Wohnungs- und Siedlungswesen

auf. Es gibt, wie bereits der Finanzreferent bemerkt hat, dem Voranschlag das Gepräge. Die Ausgaben betragen 97.376.350 Schilling, denen 36.865.570 Schilling an Einnahmen gegenüberstehen. Auf die Wohnbausteuer entfallen 31.238.190 Schilling, die Äquivalente betragen 50.000 Schilling, aus den Einnahmen an Beträgen zur Verzinsung des Bauaufwandes für Geschäftslokale werden 300.000 Schilling veranschlagt an Baukostenrückersätzen für Wohlfahrtseinrichtungen 150.000 Schilling und an sonstigen Einnahmen 55.000 Schilling vorgesehen.

Bevor ich auf die Ausgaben für den Wohnungsbau eingehe, will ich einen kurzen Bericht über die Arbeit des Wohnungsamtes erstatten. Wir hatten auch in diesem Jahre mit schweren Sorgen zu kämpfen. Die Inanspruchnahme des Amtes war eine ganz gewaltige. Der ungeheure Ausfall an Wohnungen durch das Einstellen jeder Bautätigkeit während des Krieges und unmittelbar nach dem Kriege, konnte durch die Wohnungsanforderung und die anfänglich bescheidene Bautätigkeit der Gemeinde begreiflicherweise nicht wettgemacht werden. Dazu kommt, dass der Anspruch auf Wohnkultur sich gesteigert hat. Nicht nur, dass Tausende von der Untermiete weggekommen sind und das Bettgehemwesen immer mehr zurückgeht, beides eine segensreiche Folge des Mieterschutzes, sind auch Tausende bemüht von ihrer alten schlechten Wohnung sich zu befreien. Es ist keine Seltenheit, dass Wohnungssuchende oft mit Entrüstung Wohnungen, die niemals leergestanden sind, ablehnen, weil sie an die Wohnkultur höhere Forderungen stellen, als sie die dargebotene Wohnung bietet. Dazu kommt, dass das Wohnungsamt sich nicht nur mit der Unterbringung der Wohnungslosen schlechthin befasst, sondern auch noch nach besten Kräften bemüht ist, dem Wohnungselend durch die Beseitigung der Wohnungsüberfüllung und durch Sperrung gesundheitsschädlicher Wohnungen an den Leib zu rücken. Verschärft wird die gesteigerte Nachfrage nach Wohnungen noch immer durch die überaus grosse Zahl von Haushaltsgründungen. Während im Jahrzehnt 1905 bis 1914 insgesamt 189.383 Eheschliessungen erfolgten, wurden von 1915 bis 1924 zusammen 221.563 Ehen geschlossen. Im Jahre 1924 wurden genau so viele Ehen geschlossen, wie im Jahre 1910, nämlich 18.713. Wenn man berücksichtigt, dass die Gesamtbevölkerung unserer Stadt heute kleiner ist, als im Jahre 1910, so ergibt sich, dass die Zahl der Eheschliessungen auch im Vorjahre relativ grösser war als im Jahre 1910.

Keiner hat die Verschlechterung des Wohnungsanforderungsgesetzes dem Wohnungsamt den Zugriff in vielen tausenden Fällen genommen. So kommt es, dass einer ungeheueren Nachfrage, nur verhältnismässig wenige Wohnungen gegenüberstehen. Ein Vergleich mit dem Ergebnis der Wohnungsanforderung der früheren Jahre ergibt, dass wir im Jahre 1921 insgesamt 9.385 und im Jahre 1922 zusammen 9.692 Anforderungen vorgenommen haben. Infolge Verschlechterung des Anforderungsgesetzes ging die Zahl der Anforderungen im Jahre 1923 auf 6014 zurück und im Jahre 1924 zeigt sich ein weiterer Rückgang auf 5068, während bis 30. November 1925 für mehr 3.242 Anforderungen zu verzeichnen sind. Bis Ende dieses Jahres dürfte insgesamt die Zahl der Anforderungen rund 3.500 betragen. Sehr nachteilig hat sich die Fassung des Tauschparagraphen erwiesen. Sie hat dem Wohnungsschacher Tür und Tor geöffnet, ohne dass das Wohnungsamt in der Lage wäre, ihm wirksam Einhalt zu gebieten. In der ersten elf Monaten 1925 wurden durch das Wohnungsamt 4.777 Wohnungstauschsuchen erledigt. Dazu kommen noch die Tausche, die ohne Anwendung des Anforderungsgesetzes, weil sowohl der Hausbesitzer als auch das Wohnungsamt auf eine Einflussnahme verzichteten, durchgeführt wurden. Es sind insgesamt 1.636 Wohnungsumschreibungen, die gleichfalls ohne Anforderung vor sich gingen, wurden 1238 vorgenommen. Alles in Allem konnten 8651 Wohnungssuchende vom 1. Jänner bis 1. Dezember 1925 befriedigt werden.

ZWEITER BOGEN

Ich kann nur wiederholen und hier sehen wir es, dass das Anforderungsgesetz für die Versorgung der Wohnungssuchenden mit Wohnungen wirklich eine ungeheuer grosse Bedeutung hat. Wir haben in den heutigen Mittagsblättern gelesen, dass der Nationalrat heute seine letzte Sitzung hält und dass in diesem Jahre weder eine Ausschusssitzung stattfinden, noch der Nationalrat zusammentreten wird. Damit ist die Verlängerung des Anforderungsgesetzes eigentlich hinfällig. Wir wissen, dass das Anforderungsgesetz vom 1. Jänner 1926 an nicht mehr zurecht besteht, und dass damit dem Wohnungsamt, der Wohnungsaufforderung und Zuweisung die Grundlagen entzogen sind. Ich kann nur mitteilen, dass der Bürgermeister in einem offenen Schreiben an den Bundeskanzler als eine ernste Mahnung mitgeteilt hat, dass sich die Wohnungssuchenden vom 1. Jänner an nicht mehr an das Wohnungsamt wenden können, weil es nun ein Wohnungsamt nicht mehr gibt. Das Wohnungsamt kann seine Pforten ja nur solange offen halten, solange es möglich ist, freiwerdende Wohnungen anzufordern und die Wohnungssuchenden zuzuweisen, wohin sich nun die vielen Tausenden unglücklicher Menschen wenden werden, die nun durch die Kündigungen der Hauseigentümer und Hausmieter obdachlos werden, das weiss ich nicht. Logischer Weise müsste man nun eigentlich überhaupt jede Kündigung einstellen, weil für die Unterbringung der Gekündigten nichts vorgesehen ist. Wohin sich diese Menschen alle wenden werden, ich weiss es nicht und ich wage auch nicht vorauszusagen, welche Katastrophe für die Wohnungssuchenden in den nächsten Wochen bevorsteht. Ich kann jetzt von dieser Stelle aus nur das tiefste Bedauern aussprechen, dass die Regierung und die Mehrheitsparteien des Parlamentes dieses eminent wichtige Gesetz mit einer - drücken wir es gelinde aus - ziemlichen Frivolität - um keinen stärkeren Ausdruck zu gebrauchen - behandeln. Das Anforderungsgesetz ist absolut notwendig, es sei denn, dass man mit Absicht auf dem Wohnungsmarkt einen anarchischen Zustand herbeizuführen wünscht. In allen Staaten, auch in jenen, in denen der Mieterschutz praktisch nicht mehr besteht, wie etwa in Deutschland, besteht ein Anforderungsrecht.

Dem Wohnungsamt fliessen noch aus anderen Quellen Wohnungen zu. So aus dem Äquivalentverfahren, und aus der Uebersiedlungshilfe. Für überzählige Wohnräume wurden in den ersten elf Monaten dieses Jahres 449.306 Schilling gezahlt und dafür 469 Räume freigegeben. Ausserdem erhielt das Wohnungsamt auf diesem Wege 152 Wohnungen mit 270 Haupt- und 211 Nebenräumen. Die Uebersiedlungshilfe wurde in 72 Fällen wirksam und hierfür 47.240 Schilling geleistet. Der Gemeinde stellt sich hiemit eine Wohnung auf 560 Schilling. Sehr namhaft ist der Wohnungszuwachs von 1919 bis heute. Es wurden in dieser Zeit von der Gemeinde 12.253 Wohnungen neu errichtet.

Ein Wort noch über den Abfall von Wohnungen. Es wird sehr oft die Behauptung aufgestellt, dass die Häuser Wiens verfallen, weil sich die Mieter weigern die notwendigen Reparaturen zu leisten. Diese Behauptung ist stark übertrieben. Die Wiener Häuser sind nicht schlechter instandgehalten, als in jeder anderen Grossstadt. Ich und einige meiner Kollegen des Gemeinderates, auch Mitglieder der Minderheit, hatten erst kürzlich Gelegenheit einige ausländische Städte zu sehen. Es muss gesagt werden, dass beispielsweise in Paris ohne Zwangsbewirtschaft die Wohnhäuser viel schlechter instandgehalten werden, als bei uns. Die Wiener Mieter haben - es ist dies der wirksamen Aufklärungsarbeit unserer Mieterorganisation zu danken - wehren sich keineswegs gegen berechnete Instandhaltungskosten. Es wurden bereits an zwei Drittel aller Wiener Häuser Instandhaltungsarbeiten vorgenommen. Einige Zahlen aus der Tätigkeit der Schlichtungsstellen liefern hierfür den besten Beweis. Es erfolgten im Jahre 1923 insgesamt 5367, im Jahre 1924 bereits 12.811 und im Jahre 1925 - ohne Dezember - gar 14.443 Entscheidungen der Schlichtungsstellen über die Höhe des Instandhaltungszinses. Gewiss gibt es auch

Hausbesitzer, die sich gegen die Instandsetzung ihrer Häuser wehren. Hier greift die Gemeinde ein. Sie hat 29 Objekte mit einem Kostenaufwand von 138.500 Schilling zwangsweise reparieren lassen müssen und dadurch 907 Wohnungen und 60 Geschäftslokale vor dem Verfall bewahrt. Die Gemeinde hat aber auch die Erhaltung der Wiener Wohnhäuser durch die Kreditaktion der Zentralsparkasse in die Wege geleitet. Vom 1. Jänner 1924 bis 1. Dezember 1925 wurden an 3907 Hauseigentümer insgesamt 19.868.000 Schilling als Instandhaltungskredite gegeben. Dieser Arbeit ist es zu danken, dass wir verhältnismässig wenig baufällige Häuser in Wien haben. Am 1. Jänner 1925 waren in Wien 330 baufällige Wohnungen; bis zum 1. Dezember 1925 sind 328 dazugekommen. Geräumt, gesperrt oder demoliert wurden 284 Wohnungen, so dass am 1. Dezember 1925 in Wien nur 374 solcher Wohnungen vorhanden waren. Berücksichtigt man nun dass wir in Wien sehr viele Häuser haben, die ihre Lebensdauer bereits weit überschreiten, so muss jeder objektiv Urteilende zugeben, dass die Erfolge der Instandhaltung der Häuser ganz ausserordentliche sind.

Was die Zahl der Wohnungssuchenden anlangt, so ist zweifellos eine Erleichterung eingetreten. Wenn auch die Zahl der Wohnungssuchenden noch sehr gross ist, so kann doch gesagt werden, dass es gelungen ist eine grosse Zahl der dringendsten Fälle zu erledigen. Das konsequente Festhalten an dem Grundsatz, dass vorerst die Obdachlosen, dann die wirklich Bedürftigsten mit Wohnungen versorgt werden, hat dazu geführt, dass die Zahl der Obdachlosen in Wien geringer ist als in der Vorkriegszeit. Im Jahre 1913 waren in sechs Obdachlosenanstalten, über die Wien verfügt, einschliesslich des Asyls der Gemeinde, 657.691 Personen untergebracht, was einem täglichen Durchschnitt von 1.800 Personen entspricht. Im Jahre 1924 haben 302.735 Personen die Obdachlosenheime aufgesucht, also ein Tagesdurchschnitt von 980 Personen. In dieser Zahl drückt sich, das kann man ohne überheblich zu sein, sagen, der ganz kolossale Erfolg des Kampfes der Gemeinde gegen die Obdachlosigkeit aus.

Die Auswahl der Wohnungssuchenden nach unserem System, hat sich, wie sowohl im Inland, als auch im Ausland zugegeben wird, bewährt. Wenn auch über Härten geklagt wird, so kann doch nicht geleugnet werden, dass dieses System objektiv ist.

Das Neubauprogramm der Gemeinde wird nach dem Stande der Arbeit von heute, nicht erst bis zum Jahre 1928 ausgeführt, sondern sogar früher fertig sein. Wir hatten wohl im ersten Jahr zahllose Schwierigkeiten zu lösen. Die Bereitstellung der Baugründe, der Aufbau der Organisation des technischen und kommerziellen Dienstes, die Beschaffung der Projekte und endlich die gewaltigen Massen von Baumaterialien, erforderten viel Zeit. Heute halten wir aber bereits beim Rest des Bauprogramms. Die Baurate 1924 umfasst 5729 und die vom Jahre 1925 12.892 Wohnungen. Davon entfallen auf Siedlungen in den Jahren 1924 und 1925 insgesamt 1478 Wohnungen. Die Baurate 1926 umfasst 6379 Wohnungen, davon 500 in Siedlungshäusern, sodass wir insgesamt das versprochene Bauprogramm von 25.000 Wohnungen restlos eingehalten haben. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

Schliesslich will ich noch einige Worte über die Mietzinse in den städtischen Neubauten sagen. Bei der Wohnhausanlage auf der Schmelz im ersten Teil beträgt der Pauschalzins zehn Groschen für einen Quadratmeter Wohnfläche monatlich. Dort stellt sich eine Wohnung im Ausmass von fünfunddreissig Quadratmetern auf 3'50 Schilling, eine Wohnung von fünfundvierzig Quadratmetern auf 4'50 Schilling und eine Wohnung von sechzig Quadratmetern auf sechs Schilling monatlich. In derselben Wohnhausanlage, aber im dritten Teil, mit bedeutend besserer Ausstattung werden für einen Quadratmeter zwölf Groschen berechnet. In fünfzehn Wohnhausanlagen, in den verschiedenen Bezirken gelegen, werden dreizehn Groschen für einen Quadratmeter Wohnfläche, in einigen anderen Bezirken,

je nach der Lage und Ausstattung sechzehn bis zwanzig Groschen berechnet. Nur in einem einzigen, ganz besonderen Fall, in der Albertgasse, wo in den Wohnungen Bade- und Dienerzimmer eingebaut sind, beträgt die Miete dreissig Groschen für den Quadratmeter monatlich. Zur Berechnung der Wohnbausteuer, die separat zu entrichten ist, werden Wohnungen gleicher Grösse zum Vergleich herangezogen. Mit Ende des Jahres 1925 wird die städtische Hausverwaltung 420 Wohnhäuser, 59 Wohnhausanlagen, 30 Siedlergruppen und 7 Barackenlager mit rund 18.000 Wohnungen zu verwalten haben.

Alles in allem genommen bildet die städtische Wohnungspolitik und Wohnungsfürsorge eine ganz gewaltige Aktivpost der Bevölkerung unserer Stadt. Im vorliegenden Voranschlag wird die Entschlossenheit zum Ausdruck gebracht, auf dem bisher beschrittenen Wege kraftvoll zum Wohl der gesamten Bevölkerung weiterzuschreiten. (Stürmischer Beifall).

St. R. Kunschak (chr. soz.) führt darüber Klage, dass auch von den Studentenasylen eine Wohnbausteuer eingehoben wird. Dies ist ein europäischer Skandal und ein gehässiger Akt. Das Anforderungsgesetz könne ohne weiteres verlängert, oder auch die im Mietengesetz vorgesehene Novelle beschlossen werden. Es liegt in Ihrer Hand, den Mietenausschuss wieder zusammenzutreten zu lassen. Auf die Frage, wohin sich die Obdachlosen ab 1. Jänner zu wenden haben, werden wir ihnen antworten dorthin, wohin sie sich bisher gewendet haben.

G. R. Ullreich (chr. soz.) beschäftigt sich mit dem Siedlungswesen und zitiert einen Artikel des bekannten Bodenreformers Damaschke, der schreibt, dass die Gemeinde Wien mit der Art, wie sie das Wohnproblem zu lösen versuche, eine Todsünde an den Arbeitern und ihren Kindern begehe. Mit den kasernenhausmässigen Bauten werden nicht die Forderungen nach einer Wohlkultur erfüllt und die Bodenreformer lehnen die Mietkasernen ausdrücklich ab, sie setzen sich für den Flachbau und den Siedlungsbau ein, den aber die Mehrheit aus durchsichtigen parteipolitischen Gründen gänzlich vernachlässigt, weil sie erkenne, dass die in den Siedlungen wohnenden Leute nicht ihre Hörigen sind. Die Gemeinde könnte auf dem Gebiete des Wohnhausbaues mehr leisten, wenn sie das Bauen nicht als Monopol betrachten, sondern die gemeinnützigen Wohnbaugenossenschaften fördern würde. Redner richtet an den Referenten die Frage, was auf dem Gebiete der Heimbauhilfe bisher geschehen sei, wie viele Häuser gebaut wurden und wieviel Anwärter sich gefunden haben.

G. R. Wielisch (chr. soz.) bezeichnet die Tatsache als auffällig, dass von neun städtischen Dienstvermittlungsstellen fünf aufgelassen werden sollen. Sie beschwert sich darüber, dass in den Dienstvermittlungsstellen, wie ihr mitgeteilt wurde, die Stellensuchenden Hausgehilfinnen gegen die Dienstgeber verhetzt werden anstatt dass man sie belehren würde, sich den Familien anzuschliessen und sich anständig zu betragen. Die Lohnforderungen der Hausgehilfinnen sollen nicht nach den Geburtsdaten, sondern nach der Arbeitsleistung und Tüchtigkeit beurteilt werden. Im Interesse der Hausgehilfinnen und auch im Interesse des Friedens der Familie wäre es gelegen, wenn in den Dienstvermittlungsstellen alle parteimässigen Einflüsse vermieden werden würden.

G. R. Schleifer (soz. dem) erklärt, als Verbandsobmann der Mietervereinigung Oesterreichs und als Obmann der Landesorganisation Wien Mieterorganisationen Wiens umfassen 200.000 Mitglieder. Es gehören ihr nicht nur Arbeiter an, sondern auch Mitglieder aus allen Kreisen der Bevölkerung ohne Unterschied der Partei. Gerade in den letzten Tagen sind tausende Mieter durch die im Nationalrat eingebrachte Mietenvorlage aufgerüttelt und durch die ihnen drohenden Gefahren veranlasst worden, sich der Mieterorganisation anzuschliessen. Auch Tausende von Gewerbetreibenden

und Geschäftsleuten haben sich dieser Organisation zugewandt. Die Sozialdemokraten können den Regierungsparteien dafür nur dankbar sein, dass sie unsere Reihen stärken und kräftigen, nicht nur die Reihen der Mieterorganisation, sondern auch die der sozialdemokratischen Partei. Diese Mieter haben eben erkannt, dass sie beiden bürgerlichen Parteien nicht den notwendigen Schutz finden. Redner verweist auf die Beschlüsse der Länderkonferenz der Mieterorganisationen in Linz im heurigen Frühsommer, an der sich auch deutsch-österreichische Mietervereinigungen aus den Bundesländern, beispielsweise aus Klagenfurt, Salzburg, Oberösterreich, Vorarlberg beteiligt haben. Die Konferenz beschäftigte sich damals mit dem Antrag Fink-Rainer, sie bezeichnete die Vorschläge dieses Antrages auf Abänderung des Mietengesetzes, als unannehmbar und kündigte den schärfsten Widerstand dagegen an. Die Mieterschaft sei bereit für die notwendigen Reparaturkosten in den Häusern aufzukommen, um die Wohnräume vor Verfall zu schützen, es müsse jedoch hierbei den Mietern ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt werden. Sie forderte die gesetzliche Einführung des Ausgleichsfonds, eine klarere Fassung des Kündigungsparagraphen und erklärte, dass die beabsichtigte Verschlechterung dieser Kündigungbeschränkung den geschlossenen leidenschaftlichen Widerstand aller Mieter auslösen werde. Die Konferenz erkannte auch die Notwendigkeit der Verlängerung des Anforderungsgesetzes an und lehnte die Schaffung einer Hausherrenrente durch Steigerung der Mietzinse ab. Schliesslich wurde erklärt, dass der Wohnungsnot nur durch den Bau von Wohnungen aus öffentlichen Mitteln wirksam abgeholfen werden könne. Die Mieter werden vor keinem Mittel zurückschrecken um die Durchführung einer vernünftigen Wohnungspolitik zu erzwingen. Am 2. Dezember 1925 habe anlässlich der Einbringung der Regierungsvorlage eine Sitzung des erweiterten Verbandsvorstandes der Mietervereinigung stattgefunden, die eine ähnliche Resolution beschlossen hat. Aus diesen Kundgebungen sei zu ersehen, dass die Mieterschaft entschlossen ist, den Abwehrkampf gegen den beabsichtigten Abbau des Mieterschutzes im Parlament und ausserhalb desselben mit allen Mitteln zu führen. Die Mieter ohne Unterschied der Partei werden beweisen, dass die Taktik der bürgerlichen Parteien und ihre Hausherrenpolitik grundfalsch ist. Redner bezeichnet, die von Seite der Minderheit wiederholt vorgebrachte Behauptung, dass in Wien schon jetzt vielfach der 300fache Instandhaltungszins geleistet werden müsse als unrichtig. Der durchschnittliche Instandhaltungszins in Wien habe nicht einmal das 100fache des Friedenszinses erreicht. Dort wo höherer Instandhaltungszins gezahlt werden müsse, sei das darauf zurückzuführen, dass viele Häuser schon zu einer Zeit vernachlässigt wurden, als die Hausherren noch eine Rente aus dem Ertrag der Häuser bezogen und weil gerade viele Häuser in proletarischen Bezirken schon aus der Vorkriegszeit her schwer vernachlässigt worden und reparaturbedürftig sind, verlangen die Sozialdemokraten die Schaffung eines Ausgleichsfonds. Die organisierte Mieterschaft billigt die Wohnungspolitik der Gemeinde und wird sie mit allen Mitteln unterstützen. Wir werden weiter auf dem unveränderten Bestand des Anforderungsgesetzes und des Mieterschutzes bestehen, weil so allein eine wirksame Bekämpfung der Wohnungsnot möglich ist. Man wende nicht ein, dass der Zerfall der Häuser eine Folge des geringen Zinses ist. Die Mieter tragen die Instandhaltung, während die Hausherren Reparaturen künstlich verhindern. Wir stellen uns nicht auf den Standpunkt der Machtfrage, sondern der Volksinteressen. Wenn sie eine Änderung herbeiführen wollen, dann muss die Wählerschaft mit dem Stimmzetteln in der Hand entscheiden, ob sie für oder gegen den Mieterschutz ist. Nur wenn sie sich dagegen entscheidet, wird der Mieterschutz fallen. (Lebhafter Beifall).

G.R. Angermayer (chr. soz.) erklärt, dass der Mieterschutz in keiner Gefahr ist. Er wird in unverändertem Ausmass wie bisher aufrecht erhalten. Der Entwurf über die Reform des Mietengesetzes beschäftigt sich lediglich mit der Höhe des Mietzinses. Eine Partei, die die Mieterfreundlichkeit immer fort im Munde führt, hätte bei der Erstellung der Mietzinse ihrer eigenen Häuser reichlich Gelegenheit, zu beweisen, wie ehrlich es ihr damit ist. Redner beschäftigt sich mit der schlechten Häuserverwaltung, den bis zum 3000fachen valorisierten Zinsen in städtischen Wohnhausbauten damit, dass die Dampfwascherei nur einmal im Monat benützt werden kann, was bei den Bewohnern des Fuchsenfeldhofes ein derartiges Quantum von Wäsche voraussetzt, über das sie sicher nicht verfügen. Ausserdem wird noch bei Neubauten ein Baukostenbeitrag eingehoben, der die verschiedensten Namen führt. Redner polemisiert gegen die Konsumvereine in Wohnhausbauten, wodurch man die Mieter noch mehr in der Hand haben will. Man duldet in ihrer Nähe keine anderen Geschäfte. So halten sie aber in den Konsumvereinen eine Harschau über ihre Mieter ab. Redner bemängelt schliesslich im Sondervoranschlag der städtischen Wohnhäuserverwaltung die Post drei über den Betrag von 760.000 Schilling und Post vier, betitelt "Reserve für grössere Instandsetzungen" mit 476.000 Schilling. Die eine Post kann man noch gekten lassen, die zweite aber ist entschieden darauf angelegt, einen Abgang zu machen. Für neue Häuser braucht man keinen so grossen Instandsetzungsbetrag. Dadurch entsteht eine Nettoausgabe von 84.000 Schilling. Ohne diesen Betrag wären aber die Einnahmen grösser als die Ausgaben.

Unsere Pflicht ist es, Ihnen die Maske vom Gesicht herunterzupfeissen, was der wirkliche Beweggrund Ihrer Mieterfreundlichkeit ist. Wir werden kämpfen bis aufs Messer, und sollten wir auch darüber zugrunde gehen, so werden wir doch ehrlich zugrunde gehen (Beifall bei den Christlichsozialen, Rufe: "Es ist gut, dass man das weiss" bei den Sozialdemokraten).

G.R. Untermüller (chr. soz.) erklärt, dass die Gemeinde auf die Behebung der Arbeitslosigkeit zu wenig Sorgfalt lege. Auf den Bauten der Gemeinde Wien sei die 96stündige Arbeitswoche und der Akkordlohn durchaus nichts seltenes. Es müssten doch wenigstens von der Gemeinde die sozialen politischen Gesetze eingehalten werden. Würde das geschehen, würde man den Achtstundentag streng einhalten, dann könnten wenigstens 5000 Arbeiter mehr auf den kommunalen Bauten beschäftigt werden.

St.R. Siegel: Ja, wenn die Arbeiter da wären.

G.R. Untermüller: Das gibt Ihnen noch nicht das Recht den Achtstundentag mit Füssen zu treten. Wenn die Gemeindeverwaltung in ihrem eigenen Wirkungskreise den Achtstundentag missachtet, dann dürfe man sich nicht wundern, wenn von den Privatunternehmern immer wieder gegen das Gesetz Sturm gelaufen wird.

G.R. Doppler (chr. soz.) ist der Anschauung, dass die Gemeinde unter dem Titel Arbeitslosenversicherung ein glänzendes Geschäft macht. Und er bringt hierfür aus dem Budget eine Reihe von Ziffern vor. Sie betreibe auch längst nicht mehr eine ernste Förderung des Kleingartenwesens, sie scheine das Interesse hierfür verloren zu haben, denn sie ermögliche ja auch nicht mehr die Veranstaltung der früher aus wahlpolitischen Gründen so beliebten Kleingartenausstellungen. Die Baukosten- und Bauzinsbeiträge seien ungerechtfertigt. Aus den Ausführungen Schleifers

über die Mieterschutzfrage sei wieder die Drohung heraus zu fühlen, dass die Sozialdemokraten ihren Willen mit allen Mitteln also auch mit Gewalt durchsetzen wollen. Solche Drohungen stehen im Widerspruch mit der Demokratie und mit allen Begriffen von Parlamentarismus. Sie rufen immer nach Neuwahlen, aber wir fürchten sie nicht, wir sehen ihnen mit voller Ruhe entgegen (Rufe bei der Minderheit: Bravo, wir sind dazu bereit!). Gemeinderat Kunschak: Fangen Sie gleich mit dem Gemeinderat an und zeigen Sie Ihren Ernst. Es ist so kindisch, immer mit demselben Schlagwort von den Neuwahlen zu operieren. Sie wollen eben herrschen und es ist gleichgültig, ob Sie die Mehrheit oder die Minderheit haben, vor Ihnen soll sich alles beugen, aber es gibt Menschen, die Ihren brutalen Terror Widerstand leisten und von diesem Standpunkte aus werden wir gegen den Voranschlag stimmen.

G.R. Reismann (soz. dem.) polemisiert gegen die Ausführungen der Gemeinderäte Kunschak und Doppler, die sich bemühten den Nachweis zu erbringen, dass an dem etwaigen Fall des Anforderungsgesetzes die Sozialdemokraten schuld wären, weil sie die Einberufung des Mietenausschusses verhindern. Aber wir geben unsere Zustimmung zur Einberufung in dem Augenblicke, wenn die Regierung nicht über den Abbau des Mieterschutzgesetzes verhandeln lässt, sondern über den befristeten Antrag Danneberg auf Verlängerung des Anforderungsgesetzes, denn es sei doch klar, dass die Sozialdemokraten nicht zulassen können, dass der Mieterschutz als Erpressung benützt werde. Ich will nicht behaupten, dass Herr Kunschak speziell die Hausherrninteressen vertrete, aber seine Rede war beherrscht von kapitalistischen Gedankengängen, er sprach nicht anders wie ein typischer Vertreter des Kapitalismus und es ist wahrhaft merkwürdig, dass ein Arbeiter und Anhänger des christlichen Sozialismus unsere Grundsätze hier nicht wenigstens unterstützt. Ganz falsch ist die Behauptung, dass die Wohnkultur in Wien keine Fortschritte gemacht hat. Schon die Tatsache, dass der Arbeiter durch den Mieterschutz seine eigene Wohnung halten kann, beweist den ungeheuren Fortschritt auf dem Gebiete der Wohnkultur. Dadurch beschleunigt die Gemeinde den Entwicklungsprozess, der zur höheren Wohnkultur führt. Herr Kunschak kann uns doch nicht zum Vorwurf machen, dass noch tausende sich in überfüllten Wohnungen befinden. Weiss er denn nicht, dass das Wohnungselend im Wesen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung bedingt ist, dass das Massenehend eine Begleiterscheinung des Kapitalismus ist. Man darf diese Frage nicht von den allgemeinen sozialen Problemen lösen. Wir bekennen offen unser Ziel, die Privatkapitalisten auszuschalten von der Spekulation mit Grund und Boden. Wir gehen denselben Weg, den bürgerliche Gemeindeverwaltungen in Deutschland und in der Schweiz beschreiten, nur andere Methoden halten wir ein, eben die Methode dass Grund und Boden nicht Objekte der Privatspekulation sind.

Gegenüber den Belehrungen des Gemeinderates Angermayer über das Wesen des Mieterschutzes ist zu erklären, dass die entscheidende Frage nicht die ist, ob der Zins auf das 3000fache gesteigert werde, sondern entscheidend ist, dass nach dem Vorhaben der Regierungsparteien die Mietzinse im Jahre 1928 valorisiert sein müssen, dass dann die freie Mietzinsbildung kommt. Dann wird die Beschränkung des Kündigungsrechtes wenig nützen. Die Hausherrn werden den Mietern einfach einen Zins diktieren, den sie nicht erschwingen können und der sie zwingen wird, die Wohnungen selbst aufzugeben (Widerspruch bei der Minderheit).

Das ist richtig, denn die Hausbesitzer sagen ja doch, dass bei Einföhrung der freien Wirtschaft mit einem Schlag 80.000 Wohnungen in Wien frei werden würden. Wenn über das Wohnungsamt heftig kritisiert wird, muss gesagt werden, dass die Bewirtschaftung doch eines erreichte, nämlich, dass es in Wien eine Obdachlosigkeit überhaupt nicht gibt (Lauter Widerspruch bei der Minderheit, Gelächter und Rufe: Solche Behauptungen trauen Sie sich hier vorzubringen? Sie sind doch nicht an einer Volksversammlung). Die Herren scheinen die Obdachlosigkeit mit der Wohnungslosigkeit zu verwechseln. Es gibt gewiss Wohnungslose genug in Wien die irgend wo in Untermiete wohnen. Aber wir erleben nicht mehr wie in der Vorkriegszeit, unter ihrer Herrschaft das traurige Schauspiel, in den Strassen Wiens hungernde und frierende Familien, obdachlos umherirren zu sehen. Heute gibt es keine Obdachlosen in den Strassen Wiens mehr. Wenn die Verfügung aufgehoben wird können wir nicht mehr die Obdachlosen in den angeforderten Wohnungen unterbringen. Ich gebe zu, dass manche Fehler unterlaufen sein können, das liegt in der Natur eines Betriebes eines solchen Amtes, wo mit einer gewissen Nervosität und Hast gearbeitet werden muss. Das entscheidende aber ist, dass mehr als 50.000 Wohnungen an die Bedürftigsten zugewiesen werden können. Wir haben ein Punktsystem, das ein Verdienst des amtsführenden Stadtrates ist und das nicht von sozialdemokratischen sondern auch christlichsozialen Gemeindeführern angewendet wird. Auch der Landeshauptrn von Niederösterreich Buresch hat es für die niederösterreichischen Landgemeinden in Anwendung gebracht. Wir sind aber nicht an ein totes Schema gebunden, für uns gibt es noch eine individuelle Überprüfung. Aus dieser Übersicht über die Tätigkeit des Wohnungsamtes, sowie aus unserer Wohnbautätigkeit können Sie entnehmen, wie wir die Sache ernst nehmen und dass wir auf diesem richtigen Weg weitergehen werden. Sie mögen den Kampf gegen den Mieterschutz aufnehmen, sie mögen auch einen Sieg davon tragen, als einzige Antwort wird Ihnen diese Stadt die Fortsetzung ihrer richtig erkannten Wohnbaupolitik geben. (Lebhafter Beifall).

St. R. Kunschak (chr. soz.) stellt fest, dass nach den geltenden Bestimmungen der Geschäftsordnungen eine Regierungsvorlage vor den Anträgen der Parteien geht. Erinnern Sie sich nur daran, wie die Obdachlosen von den Stufen des Rathauses nach mühevoller Ueberredung durch die Polizei sich endlich entfernten. Und da wagen Sie von keinen Obdachlosen zu sprechen. Sie haben das Pferdeschlachthaus ausgestattet weil Sie nicht mehr wussten wohin mit den Obdachlosen. Professor Tandler hat in seiner Objektivität zugestanden, dass ihm die 2500 bis 2600 Menschen, die eine Nacht obdachlos verbringen müssen nahegehen. In der Debatte über das Referat des Stadtrates Weber wurde als Rednerin auch Frau Gemeinderätin Wiesch genannt. Dies ist ein Irrtum: Es soll richtig heissen: Gemeinderätin Kurzbaumer!

St. R. Weber erklärt im Schlusswort, dass gegen den Vorschlag selbst wenig vorgebracht wurde. Umsomehr beschäftigten sich die Redner mit dem Problem, dass heute im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses steht. Er weist den Angriff Kunschaks wegen der Besteuerung von Studentenheimen zurück und erklärt, dass von dem Landtagsgesetz Ausnahmen nur durch eine Novellierung möglich sind. Wenn man die Studenten in Internaten Begünstigte müsste man auch die übrigen Studenten, die sonst in der Untermiete oder in Wohnungen wohnen von diesem Gesetz ausnehmen. Auf einem Mietobjekt liegt der aliquote Teil der Wohnbausteuer. Die Berechnung wird vom gesamten Mietwerte eines jeden Objektes vorgenommen. Es kann also hier von keiner Gehässigkeit und keinem europäischen Skandal die Rede sein.

Hingegen scheine sich die Minderheit dieses Saales und die Mehrheit des Nationalrates über die Tragweite nicht im Klaren zu sein, wie tief die Aufhebung des Mieterschutzes in das Leben eingreifen würde. Aus der Novelle zum Mietengesetz ist zu entnehmen, dass als Ersatz für das Wohnungsanforderungsgesetz die Anforderung von jenen Wohnungen vorgesehen ist, die einen Monat leerstehen. Dies kann doch wohl nur ein schlechter Witz sein. Denn wo wird bei den heutigen Verhältnissen eine Wohnung einen Monat lang leerstehen? Auf einer solchen unersetzten Basis kann man nicht verhandeln. In Wien fallen jährlich 1500 Wohnungen durch Tod oder Wegzug dem Wohnungsamt zu. Mit diesen konnte man die dringenden Fälle erledigen. So ist es uns gelungen die Obdachlosigkeit unter den Stand der Vorkriegszeit hinunterzudrücken. Das Obdachlosenheim von heute unterscheidet sich sehr von dem früheren. Es bestehen dort zwei Abteilungen, eine Zahlabteilung und eine Freiabteilung. Es hat immer Menschen gegeben, die den Mietzins nicht zahlen konnten. 400 neue Betten wurden geschaffen.

Versucht man sich ein Bild zu machen, wie es aussah, wenn das Anforderungsrecht nicht mehr besteht, so muss man zum Vergleich heranziehen die Berichte der Zentralstelle für Wohnungsreform, die als Zeitungskorrespondenz herausgegeben wurde. Es heisst dort, in Nummer 16 der Mitteilungen vom November 1910 über die Wohnungsnot in Oesterreich, dass die Behörden kein Mittel unversucht lassen sollen, dem immer grösseren Elend zu steuern. Im September fand ein Demonstrationszug der Obdachlosen zum Rathause statt. Besonders kinderreiche Familien waren auf das schwerste betroffen, weil die Abneigung der Hausbesitzer gegen kinderreiche Familien besonders eklatant war. Ein Erlass des Polizeipräsidenten beschäftigte sich mit der Behandlung obdachloser Familien. Nichts geschah. Die reinkapitalistische Wohnbaupolitik wurde jahrelang fortgeführt. Die Wohnung war eine Handelsware wie jede andere. Von 1000 Kleinwohnungen standen nur 89 frei, und das waren die elendesten Wohnungen. Ins Wohnungsamt kommen heute Leute, die bitten, dass sie Wohnungen bekommen, weil sie die immer höhere Untermiete nicht mehr bezahlen können. Nach und nach musste ein solcher Mann seine Wohnung immer mehr reduzieren, schliesslich nur mehr ein Bettgeher, verlor auch dieses und musste nun in das unterirdische Wien seine Zuflucht nehmen. Solche Zustände sind heute nicht mehr.

Redner zitiert einen Vortrag, den der ehemalige Stadtbauinspektor und christlichsoziale Nationalrat Dr. Goldemund im Jahre 1910 über die Wiener Wohnverhältnisse gehalten hat und in dem er konstatiert, dass in 31 Wohnungen, die vom Stadtbauamt überprüft wurden, 276 Menschen hausten, sodass auf eine Wohnung fast neun Bewohner entfallen. Die Grösse der Bodenfläche bestand bei Wohnungen aus Zimmer und Küche aus 25'2 Quadratmeter bis 28'2 Quadratmeter. Das war unter Ihrer Verwaltung. Sie schimpfen über die Wohnungen, die heute von der Gemeinde errichtet werden. Aber die kleinste dieser Wohnungen misst 35 Quadratmeter und unsere neuste kleinste Type 37'5 Quadratmeter. Sie wollen den Mieterschutz aufheben. Hören Sie, was Ihr Stadtbauinspektor über die Wiener Wohnungen schon im Jahre 1910 festgestellt hat! Er verwies auf die sanitären Mängel, auf die indirekte Belüftung der Küche, er kritisierte die Wiener Wohnbauten von damals in Grund und Boden und kam zu dem Schlusse, zu dem auch Professor Philipovich gekommen ist, nämlich zu dem verächtlichen Urteil: In diesen Wohnungen fehlt alles was wir als Grundlage gesunden Lebens zu sehen gewohnt sind. Die Fürsorge für die Erkrankten, die Bewahrung der Schamhaftigkeit durch Trennung der beiden Geschlechter

S E C H S T E R B O G E N

der eheliche Verkehr der Gatten vor den Kindern diese Wohnungen bieten keine Behaglichkeit und Erquickung. Wer in sie hineingesunken und hineingeboren wurde, muss körperlich und geistig verwelken und verwildern. Diese Wohnungschande ruft Redner ist entstanden unter der kapitalistischen Wirtschaft ohne dass sich die Gemeinde Wien damals bemüht hätte, sie umzugestalten. Erst als die Wohnungslosen damals vor dem Rathause aufmarschiert sind, hat sich der Gemeinderat entschlossen, auch eine Wohnungsfürsorge zu betreiben, aber was nach vielem Gackern entstanden ist, dass sehen sie noch heute an den traurigen Zinskasernen in der Gablengasse. Das sind die Zeugnisse und die Zeugen dafür, wie es unter absoluter freier Wirtschaft bestellt wäre. Wir müssen andere Wege wandeln. Der Grund und Boden muss dem Schacher entzogen werden. Das ist keine Erkenntnis von uns allein, diese Grundsätze werden auch im Ausland befolgt. In Stockholm und in Frankfurt und anderen Gemeinden vergrössern die Städteverwaltungen ihren Grundbesitz um das Viehhundertfache. Würde man bei uns so etwas zu machen wagen, gleich würde man über Bolschewismus schreiben.

Redner bemerkt dann, dass neustens ein Verein der Untermieter und Wohnungslosen aufträte unter der Führung eines gewissen Herrn Safran, der auch Deputationen in den Nationalrat führe, der in der Versammlungen sich tobend sich als ein Opfer des Mieterschutzes gebürde, dessen Abbau und die Beseitigung des Abbaugesetzes verlange. Diese Mann, den die Wiener Hausbesitzerschaft in ihr Herz schliesst, der ihr Wirtführer ist, war bis zum Sommer 1924 Bankbeamter. (jetzt privatisiert er. Dieser Mann ist der Sohn des Hausbesitzers und Brantweinschänkers Leibisch Safran (Lebhafte Heiterkeit bei der Mehrheit) seine Mutter Sarah Blüne Safran bemerkt, wenn man sie fragt, warum denn ihr Sohn nichts arbeite: Na meschügge wäre der Jainkeff wenn er etwas arbeitet, er kann es doch nix besser haben wie zu hause"). (Grosse Heiterkeit auf allen Seiten). Dieses Ehepaar Safran hat vor Jahre in der Arbeitergasse um 80.000 Kronen ein Haus erworben, aber nur 20.000 Kronen angezahlt und den Rest in Raten erst nach Entwertung der Krone im Jahre 1924 abgestattet.

Da haben Sie Ihren Vorkämpfer und Mieterstürmer der sich auch in Ihren Versammlungen bewegt, der sich Ihre Forderungen zu eigen gemacht hat (Rufe bei der Minorität: Was können denn wir dafür).

Sehen Sie, dass ist Ihr Held, den Sie in Ihren Versammlungen immer das grosse Wort geben. Wir werden gegen die kapitalistische Wohnungspolitik, deren Vertreter, Sie sind, so wie bisher weiterkämpfen, weil wir überzeugt sind, dass wir den richtigen Weg eingeschlagen haben. Wir werden den eingeschlagenen Weg weitergehen, trotz Ihrer Angriffe, weil er der einzig gangbare für die arbeitenden Massen der Wiener Mieter ist. (Stürmischer Beifall).

Nach einer tatsächlichen Berichtigung Kunscheks über die Räumung einer Wohnung, teilt die Vorsitzende Gemeinderätin Book mit, dass die Abstimmung über diese Verwaltungsgruppe später erfolgen werde. Sie erteilt hierauf dem amtsführenden Stadtrat Siegel zum Referat über die Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten das Wort. Als Stadtrat Siegel an den Rednertisch tritt, rufen die Christlichsozialen: Es ist doch schon so spät! Um zehn Uhr muss geschlossen werden! Er wird doch nicht fertig werden!

Die Vorsitzende entscheidet nun, dass dieses Referat am Dienstag erstattet werden wird. Montag um 10 Uhr vormittags wird der Wiener Landtag die Steuernovellen verhandeln. Nach Erledigung dieser Vorlagen, werden die Budgetberatungen fortgesetzt.

Schluss der Sitzung um 10 Uhr nachts.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, Samstag, den 19. Dezember 1925.

Sprechstunde beim städtischen Finanzreferenten. Am Montag hält Stadtrat Breitner seine Sprechstunden von sieben Uhr früh bis neun Uhr vormittags ab.

Hilfe für die Wiener Arbeitslosen. Die Wiener Gemeindeverwaltung hat schon in diesem Jahre zehn Milliarden Kronen für spezielle Unterstützungen an besonders berücksichtigungswürdige Arbeitslose ausgegeben. Diese Unterstützung war zunächst als einmalige Geldaushilfe gedacht und wurde von den Fürsorgeinstituten der Gemeinde einvernehmlich mit den gewerkschaftlichen Organisationen verteilt. Im Herbst 1925 waren von den veranschlagten zehn Milliarden rund sieben Milliarden verausgabt. Die Not des Winters veranlasste die Gemeindeverwaltung an Stelle der Notstandsaushilfen in Geld, auch Unterstützungen in der Form von Kleidern, Schuhen, Brennmaterialien usw. zu gewähren. Diese Aktion wurde bereits in der ersten Novemberhälfte begonnen und es herrschte, wie leicht vorauszusehen war, eine lebhaftere Nachfrage nach diesen Unterstützungen. Sowohl Kleidungsstücke, als auch Brennmaterialien wurden nur an Arbeitslose ausgegeben, die vom Fürsorgetrat auf die besondere Bedürftigkeit geprüft worden waren. Die Gemeinde hat durch diese Aktion das ärgste Elend unter den Arbeitslosen gelindert. Für das Jahr 1926 wurden in den Voranschlag abermals zehn Milliarden für diese Zwecke eingesetzt. Dieser Betrag wird in der gleichen Art und Weise verwendet werden, wie dies in diesem Jahre geschehen ist. Nun wird hierzu noch eine Aktion kommen, die ebenfalls mit einem Milliardenaufwand verbunden sein wird und bezweckt, für die Säuglinge arbeitsloser Frauen die notwendige Milch auf Kosten der Gemeinde zu sichern. Die hierzu notwendige Organisation wird in kürzester Zeit von den zuständigen Gemeindestellen geschaffen werden.

Die Leistungen der Gemeinde Wien für die Arbeitslosen sind aber damit noch nicht erschöpft. Es darf nicht ausser acht gelassen werden, dass die Zahl der Kinder, die in den Kindergärten und in der Schule auf Kosten der Gemeinde gespeist werden, infolge der so stark angestiegenen Arbeitslosigkeit, ganz ausserordentlich zugenommen hat. Dazu kommt noch, dass auch in den Bezirksjugendheimern aus der gleichen Ursache in den letzten Monaten ungezählte Sachaushilfen gewährt werden mussten.

Schliesslich leistet die Gemeinde Wien noch Beiträge zur staatlichen Arbeitslosenversicherung, die im Jahre 1925 rund 23 Milliarden Kronen betragen und für das kommende Jahr mit 24 Milliarden Kronen veranschlagt sind.

Strassenbahnfahrpreis zu Weihnachten. An den beiden Weihnachtsfeiertagen (25. und 26. Dezember) gilt auf den städtischen Strassenbahnen und auf der Wiener elektrischen Stadtbahn der Sonntagsfahrpreis. Es wird aufmerksam gemacht, dass an diesen beiden Tagen die Frühfahrtscheine, Hin- und Rückfahrtscheine, Wochenkarten und Fürsorgefahrtscheine nicht benützt werden können.

Fahrplanänderung der Stadtbahnlinie 18 G. Vom Dienstag angefangen werden die Abfahrtszeiten der ersten und letzten Züge der Stadtbahnlinie 18 G geändert. Der erste Zug verkehrt ab Heiligenstadt über den Gürtel zur Ostbahn um 5³⁴ Uhr früh, in der Fahrtrichtung nach Heiligenstadt ab Ostbahn um 5⁴⁰ Uhr früh, ab Margareten-Gürtel-Steinbauergasse um 5⁵ Uhr früh. Der letzte Zug ab Heiligenstadt zur Ostbahn verkehrt um 22¹⁴ Uhr, ab Heiligenstadt bis Margareten-Gürtel-Steinbauergasse (Strassenbahnhof Meidling) um 23⁴² Uhr, in der Gegenrichtung ab Ostbahn nach Heiligenstadt um 23 Uhr.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber u. verantw. Redakteur:
Karl H o n a y

Wien, am Samstag, den 19. Dezember 1925. Zweite Ausgabe

Die Vereinigung der Wiener Hoteliers für die Novellierung der Fremdenzimmerabgabe. Heute erschien unter Führung des Generaldirektors^{Wolf} vom Hotel Bristol eine Abordnung der Vereinigung der Wiener Hoteliers bei Stadtrat Breitner, um über die geplante Abänderung des Gesetzes über die Fremdenzimmerabgabe, Aussprache zu pflegen. Generaldirektor Wolf legte dar, dass die 46 Hotels, aus denen die Vereinigung bestehe, vorwiegend protokollierte Firmen seien, die ohnehin durch das Handelsgesetz genötigt sind, Bücher zu führen, aber auch ohne diesen Zwang, in korrektester Weise bisher alle gewünschten Nachweise liefern konnten. Es liege also keine Veranlassung vor, eine Verschärfung der jetzt geltenden Vorschriften gegenüber den Mitgliedern der Vereinigung eintreten zu lassen. Es möge daher im Gesetze ausdrücklich festgelegt werden, dass die dem internationalen Fremdenverkehr dienenden Hotels den neuen Bestimmungen nicht unterliegen. Stadtrat Breitner wies der Abordnung nach, dass die bemängelten Paragraphen sich schon in den Gesetzen über die Plakat- und Anzeigenabgaben vorfinden, die seit vier, beziehungsweise zwei Jahren in Kraft sind, ohne dass sich in der Praxis Anstände ergeben haben. Selbstverständlich werde auch in Zukunft die Kontrolle gegenüber den kaufmännisch geleiteten Hotels in kaufmännischen Formen sich abwickeln, doch gebe es in Wien leider auch Betriebe, denen in schärferer Weise entgegengetreten werden müsse. Die gute Absicht des Magistrats, die grossen Hotels des internationalen Fremdenverkehrs, als eine eigene Genossenschaft anzuerkennen, wurde bekanntlich von der Bundesregierung durchkreuzt. Infolgedessen sei auch keine Möglichkeit, gesetzliche Sonderbestimmungen für die Vereinigung zu schaffen. Die Abordnung gab sodann die ausdrückliche Erklärung ab, dass die in der Vereinigung zusammengefassten 46 massgebenden Wiener Hotels sich mit der vom Gremium gefassten Entschliessung nicht identifizieren. Die Vereinigung begrüsse die Novellierung als einen Fortschritt und erwarte, dass bei der praktischen Handhabung der strengen Kontrollvorschriften dem heute dargelegten Tatsachen Rechnung getragen werden würde.

Spenden für die Armen Wiens. Bürgermeister Seitz berichtete dem Gemeinderat dass die Zentraleuropäische Länderbank anlässlich des Weihnachtsfestes für die Armen fünftausend Schilling gespendet hat. Der unter dem Decknamen "Wilhelm" wirkende Wohltäter hat für arme Schüler der Knabenvolksschule in Favoriten, Thavonatgasse 20 und in der Brigittenau, Vorgartenstrasse 50, sowie für die Knaben- und Mädchenvolksschule Am Allerheiligenplatz 7, insgesamt achtzig Paar Schuhe und sechs Dutzend Strümpfe gespendet. Schliesslich hat die Firma Mautner-Markhof neuerlich das Stiftungskapital für die "Adolf Ignaz und Julie Marzeline Mautner von Markhof'schen Stiftungen für Wiener Waisenkinder" erhöht. Das Stiftungskapital ist jetzt 30.300 Schilling und es können acht Waisenkinder mit zusammen 4480 Schilling beteiligt werden. Der Gemeinderat sprach den Spendern den Dank aus.

Keine Durchfahrt durch die Komödiengasse. Infolge zahlreicher Beschwerden des Spitals der barmherzigen Brüder über den Lärm, den insbesondere die Automobile verursachen, hat der Magistrat die Durchfahrt durch den zwischen der Grossen Mohrengasse und der Zirkusgasse gelegenen Teil der Komödiengasse verboten.